

Gesine Schwan

Europa und die Sozialdemokratie

Vier möglicherweise befremdliche Thesen



Gesine Schwan

(* 1943) war von 1999 bis 2008 Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder und ist heute Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance in Berlin.

gesine.schwan@governance-school.de

Gemeinhin gilt die deutsche Sozialdemokratie nicht als Europa-Partei. Zu Recht! Und dies trotz ihrer internationalistischen Tradition, Ihrer Friedensverbundenheit und ihrer aktuellen, zuverlässig pro-europäischen Politik. Sie könnte aber jetzt, in einer historisch entscheidenden Weichenstellung der Europäischen Union, zur führenden deutschen Europa-Partei werden. Dazu muss sie die Zeichen der Zeit erkennen und einen politischen Paradigmenwechsel vornehmen. Da die Bundeskanzlerin an der Spitze der CDU eine langfristige Europapolitik geradezu strategisch vermeidet und in ihren kurzsichtigen Einzelschritten die Entwicklung der EU dem Druck mächtiger Partikularinteressen unterordnet, muss die Sozialdemokratie den europapolitischen Stab übernehmen. Mit anderen Europa-Parteien und vor allem der gemeinwohlorientierten organisierten Zivilgesellschaft muss sie sich zugunsten einer europäischen Solidarität »von unten« zusammen tun, die das Interesse der Bürgerinnen und Bürger in den Vordergrund rückt und uns zugleich von der Unterwerfung unter die anonymen Finanzmärkte befreit.

Historischer Befund hinsichtlich der Europäischen Einigung

Die Sozialdemokratie ist im 19. Jahrhundert angetreten, um die benachteiligten Schichten zu vollwertigen Bürgern zu machen. Denn sie hatten, z.B. im preußischen Dreiklassenwahlrecht, weder das Recht auf gleiche politische und kulturelle Teilhabe, noch die gleiche Chance auf Bildung, berufliches Fortkommen, auskömmlichen Lebensunterhalt, gesellschaftliche Anerkennung. Die gleiche Würde aller Menschen bestand nicht als realistische und lebbare Perspektive.

Deshalb ging es der Sozialdemokratie vor dem selbstverständlichen Hintergrund der politischen Freiheit vornehmlich um Gerechtigkeit und Solidarität. Zentral gehörte dazu der Kampf um die soziale Sicherheit von Menschen, deren Leben nicht mehr einfach dem freien Spiel kapitalistischer Märkte ausgesetzt sein sollte. Für Gerechtigkeit und soziale Sicherheit war der Staat zuständig.

Der internationalistische Ursprung der Sozialdemokratie stand überdies für Frieden. Mit der Befreiung der Arbeiter – über die nationalen Grenzen hinweg – sollten die kriegstreibenden Quellen des Kapitalismus versiegen und die Kriegsursachen überwunden werden. Internationalismus bezeichnete die sozia-

le, gleichsam transnationale Solidarität der Arbeiterklasse, nicht in erster Linie den internationalen Zusammenschluss von Nationalstaaten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg zielte die Europapolitik dagegen auf das Zusammengehen von Nationalstaaten. Die europäische Einigung wollte nach den schrecklichen Erfahrungen von Nationalsozialismus und mörderischem Weltkrieg die Nationalstaaten zunächst über die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Bereich von Kohle und Stahl so miteinander verbinden, dass sie keinen Krieg mehr gegeneinander führen könnten und wollten. Und sie zielte auf Frieden durch die Verständigung der »Völker«, die in Nationalstaaten lebten, *zwischen* denen mehr Unterschiede zu bestehen schienen als man sie *innerhalb* der nationalen Gesellschaften vermutete. Diese »Völker«-Verständigung sollte durch Zusammenarbeit unterhalb der staatlichen Ebene z.B. zwischen Städten, Jugendorganisationen, Berufsvertretern, künstlerischen Initiativen unterfüttert werden. Bezugsrahmen blieben aber die Nationalstaaten. Symbolisch und öffentlich wahrnehmbar wurde die europäische Einigung zwischen Staatsoberhäuptern gefeiert.

In Bezug auf die politischen Werte der Sozialdemokratie deckte sich der grundlegende Wert der europäischen Einigung vor allem mit dem des Friedens, der allerdings nicht mehr wie in der ursprünglichen sozialdemokratischen Tradition in der transnationalen sozialen bzw. schichtenspezifischen Verbundenheit der Arbeiterklassen verwurzelt war, sondern in der von den Regierungen auf den Weg gebrachten Verständigung zwischen den Nationalstaaten. Für Gerechtigkeit, Solidarität und soziale Sicherheit stand die Europäische Vereinigung vornehmlich nicht. Überdies wurde sie eher von bürgerlich-konservativen Persönlichkeiten auf den Weg gebracht. Schichtenspezifisch standen sie nicht für die Unterprivilegierten. Für das Projekt Europa engagierten sich die politischen und kulturellen Eliten, auch in der Sozialdemokratie. Die Strategie der europäischen Vereinigung zielte auf deren gemeinsames Handeln, das die weiteren gesellschaftlichen Schichten nach und nach für das vereinigte Europa gewinnen sollte. Zwar gab es eine vom Bildungsbürgertum getragene »Europa-Bewegung«, die vor allem auf den Abbau von nationalen Vorurteilen aus war. Aber die EU entstand nicht aus einer transnationalen sozialen Bewegung »von unten«.

»Für Gerechtigkeit, Solidarität und soziale Sicherheit stand die Europäische Vereinigung vornehmlich nicht.«

Auch in der weiteren Entwicklung stand die EU nicht für die typisch sozialdemokratischen Werte Gerechtigkeit und Solidarität als soziale Sicherheit. Denn neben dem Frieden als Abwesenheit von Krieg konzentrierten sich die Ziele in der europäischen Einigungsbewegung auf die vier wirtschaftlichen Freiheiten, den freien Verkehr von Personen, von Waren, Dienstleistung und von Kapital, um den gemeinsamen europäischen Markt zu konstituieren. Die Werte der Gerechtigkeit und der Solidarität wurden dabei nicht gleichrangig einbezogen, auch wenn Einzelpolitiken durchaus versuchten, dieses Defizit wettzumachen. Ihre politische Umsetzung, insbesondere die soziale Sicherung wurde im Wesentlichen an die Nationalstaaten verwiesen. Dafür gab es gute Gründe, weil die politische Gestaltung sozialer Sicherheit eng verwoben ist mit den spezifischen nationalen Geschichtsverläufen und Kulturen der Staaten und deshalb nicht einfach »technokratisch« europäisiert werden kann.

Europapolitische Ziele der Sozialdemokratie heute

In der gegenwärtigen Situation der ökonomischen, technologischen und kulturellen Globalisierung muss es jedoch das neue Ziel der Sozialdemokratie sein, die Verwirklichung ihrer grundlegenden Werte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität (als soziale Sicherheit) und Frieden nicht mehr nur in den einzelnen Staaten, sondern in und durch Europa zu schaffen, weil dies innerhalb der Nationalstaaten allein nicht mehr gelingen kann. Zwar behalten die Nationalstaaten durchaus noch eine wichtige kulturelle, identitätsstiftende, wirtschaftliche und soziale Bedeutung. Aber angesichts der transnational wirkenden Globalisierung in der Ökonomie sowie der technologischen und kulturellen Entwicklungen ebenso wie der zentralen globalen Herausforderungen (Klima, Armut, Rohstoffknappheit, Migrationen, Ressourcengerechtigkeit und nicht zuletzt Sicherheit) brauchen wir größere politische und ökonomische Räume, um Gerechtigkeit, Solidarität und soziale Sicherheit zu erhalten und weiter zu entwickeln. Dabei darf sich die Europäische Union nicht gegen die Welt abschotten, sondern muss im Gegenteil ihre Verantwortung für eine werteorientierte Gestaltung der Globalisierung übernehmen.

Um das zu tun, muss sie handlungsfähig sein und die Bürger hinter sich wissen. Die Geschichte hat gezeigt, dass auch die Nationalstaaten die Loyalität der Bürger erst erhalten haben, als sie ihnen in der Zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Wohlfahrtsstaaten soziale Sicherheit bieten konnten. Auch die Europäische Union wird die innere Identifizierung der Bürger mit Europa erst gewinnen, wenn von ihr über die wirtschaftlichen Freiheiten hinaus soziale Sicherheit ausgeht. Es handelt sich hier also nicht nur um ein parteipolitisches Ziel der Sozialdemokratie, sondern um eine unverzichtbare Voraussetzung der europäischen Zukunft.

Die Hinwendung über den Nationalstaat hinaus auf die EU in Sachen Gerechtigkeit und soziale Sicherheit verlangt von der Sozialdemokratie aber einen erheblichen politischen Paradigmenwechsel. Zum einen war ihre Politik von Kurt Schumacher (der über den »Staat« seine Doktorarbeit geschrieben hatte) bis in die Gegenwart hinein faktisch, rhetorisch und mental wesentlich auf den Staat (im Singular) – also faktisch den Nationalstaat – konzentriert. Als Wohlfahrtsstaat hat er im Laufe der Zeit den Benachteiligten zur Gleichberechtigung und sozialen Sicherheit verholfen, sie damit heimisch gemacht und mit dem Kapitalismus »versöhnt«. Das legte den Grundstein für eine etatistische Tendenz in der Sozialdemokratie, womit der Internationalismus als klassen- oder schichtenspezifischer Friedensbegriff an Gewicht verlor.

Willy Brandt, der wohl historisch bedeutendste Sozialdemokrat nach dem Zweiten Weltkrieg, teilte diese politisch-strategische Konzentration auf den Nationalstaat nicht. Seine Versöhnungspolitik gegenüber dem von den Nationalsozialisten zerstörten europäischen Osten und der Sowjetunion legte ein unverzichtbares Fundament für eine sozialdemokratische Europapolitik. Darüber hinaus entwickelte Brandt vor allem mit Blick auf die Dritte Welt und im Rah-

»Die Hinwendung auf die EU in Sachen Gerechtigkeit und soziale Sicherheit verlangt einen erheblichen politischen Paradigmenwechsel.«

men der Sozialistischen Internationale die sozialdemokratische Friedenspolitik weiter. Für diese Richtung stehen auch Erhard Eppler und Heidemarie Wiczorek-Zeul, beide nicht von ungefähr als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Aber hier stand nicht Europa, sondern Friedenspolitik und Solidarität als Verpflichtung gegenüber der Dritten Welt im Vordergrund. An der Ost- und Friedenspolitik Willy Brandts und an den Konzepten und Erfolgen sozialdemokratischer Entwicklungspolitik kann der sozialdemokratische Paradigmenwechsel in der Europapolitik aber anknüpfen.

Hindernisse für eine neue sozialdemokratische Europapolitik

Allerdings gibt es zunächst gewichtige Hindernisse. Allenthalben ist gegenwärtig von einer Renationalisierung in Europa die Rede und von einer Distanzierung der Bevölkerungen von der Europäischen Union. Sie ist in den Mitgliedsländern unterschiedlich ausgeprägt. Insbesondere in den Ländern, die von ihren Bürgern als »Geberländer« angesehen werden, wächst die Distanz. Diese Renationalisierung ist nicht zufällig, sondern folgt seit Jahren aus Strukturen und politischen Entscheidungen der EU. Sie laufen darauf hinaus, die nationalen Regierungen in und gegenüber Europa zu stärken, und zugleich die nationalen Parteien und Gewerkschaften gegen die anderer Nationen in Stellung zu bringen. Da es in der EU bisher keine Einigkeit in Bezug auf die Finalität der Union gab, gewann der Europäische Rat, dem außer den Präsidenten des Rates und der Kommission im Wesentlichen die Staats- und Regierungschefs angehören, in der EU ein ausschlaggebendes Gewicht.

Die einzelnen Regierungsmitglieder aber erhalten ihre Macht in ihren Heimatländern aus nationalen Wahlen. Daraus folgt überall eine Betonung der nationalen Perspektive. Bei ihrer Rückkehr aus Brüssel rechtfertigen die Regierungschefs in der Regel ihr Verhalten durch die Vorteile, die es dem eigenen Land bringt, nicht der EU. Umgekehrt werden unpopuläre nationale Entscheidungen mit Blick auf die nächsten Wahlen oft auf Brüssel geschoben. Die Wahlen zum Europäischen Parlament können dagegen trotz seiner politischen Landgewinne kein Gegengewicht bilden.

Noch mehr hat zur Renationalisierung in Europa eine auch von der Kommission betriebene marktradikale Politik beigetragen, die die Nationalstaaten in Europa zu *Standorten* im globalen Wettbewerb abgewertet und damit in den Wettbewerb um Kapitalinvestitionen gegeneinander getrieben hat. Staaten waren nun nicht mehr im Wesentlichen Räume, in denen Menschen lebten, mit ihren kulturellen, sozialen und beruflichen Interessen und Werten, sondern konzentrierten sich – in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit! – wesentlich darauf, jeweils als attraktive Standorte um Investitionskapital zu konkurrieren, vornehmlich durch Steuersenkungen und Verminderung von Sozialkosten. Das hat auch die Interessen der nationalen Gewerkschaften gegeneinander gerichtet (Vorwürfe des Steuer- und Lohndumpings etc.), z.B. zwischen Deutschland und Polen. Bei deren Mitgliedern wurde so Brüssel wiederum nicht als Quelle der Solidarität

»Die Renationalisierung und Distanzierung ist nicht zufällig, sondern folgt seit Jahren aus Strukturen und politischen Entscheidungen der EU.«

zwischen den Menschen und Staaten wahrgenommen, sondern der Gegnerschaft. Es stand mehr und mehr für den kalten Wind der globalen Markt-radikalität.

Mit der Zeit wuchs in der Europäischen Union eine unübersichtliche Verschränkung von nationalen, transnational ökonomischen und gesellschaftlichen Teilungen, ebenso wie zwischen partikular interessierten und nationalen Machtpotenzialen. Aus ihrer ökonomischen Lage heraus haben Unternehmer in der Regel keine nationalen Interessen. Der Erfolg ihrer Unternehmen hängt zwar auch von der Infrastruktur (Rechtssystem, Verkehr, Bildung etc.) der Länder ab, in denen sie investieren, aber sie können nationalstaatliche Grenzen leicht überschreiten und andernorts tätig werden, anders als die arbeitenden Menschen, um die staatliche Politik sich kümmern muss und von denen her sie sich legitimiert. Zugleich können sie aber auf nationale Regierungen und Parlamente zugunsten ihrer eigenen Interessen Lobbyeinfluss nehmen. Dabei hat es die Politik schwer, ihrem Druck zu widerstehen, etwa wenn mit Standortverlegung oder Entlassung gedroht wird. Für die externen Effekte ihres Geschäftsmodells (Umwelt, Rohstoffe, soziale Konflikte) fühlen sich inzwischen zwar schon eine Reihe von Unternehmen verantwortlich, aber noch viel zu wenige. Unternehmen können sich jedenfalls gesamtgesellschaftlicher Verantwortung transnational entziehen.

»Es ist eine Asymmetrie entstanden, die es Regierungen nahelegt, ihre nationale Rhetorik zu verstärken, um ihren potenziellen Wählern zu gefallen.«

Für die Folgen der sozialen Diskrepanzen, insbesondere der zunehmenden Gegensätze zwischen Arm und Reich, die sich überall in den letzten 25 Jahren deutlich verstärkt haben, müssen dagegen die nationalen Regierungen und Parlamente geradestehen. Damit ist eine Asymmetrie zwischen der partikularen Interessenvertretung und den gesamtgesellschaftlichen politischen

Kräfteverhältnissen entstanden, die es nationalen Regierungen in der unübersichtlichen Gemengelage nahelegt, ihre nationale Rhetorik zu verstärken, um ihren potenziellen Wählern zu gefallen. Freilich werden sie dann häufig in ihrer Praxis von ihr wieder eingeholt, wenn sie doch auf transnationale europäische Lösungen zielen wollen. Man schimpft zunächst auf die faulen Griechen, will dann aber doch vor allem deutsche Anleger retten und deren Teilverantwortung für die griechischen Verhältnisse nicht bloß legen. Denn von ihnen hängt die nächste nationale Wahlentscheidung ab. Auch das schwächt die Loyalität gegenüber Europa und ist für die Lösung der anstehenden Probleme kontraproduktiv.

Im Zuge der so beschriebenen Entwicklung, vor allem der ökonomischen Deregulierung, haben Sozialdemokraten viele ihrer Anhänger und Wähler verloren, die sich als Verlierer der bisherigen marktradikalen Globalisierung erfahren und bei Wahlen entweder zu Hause bleiben oder zu Parteikonkurrenten auf der Linken abwandern, nicht zuletzt, weil sie sozialdemokratischen Regierungen die Schuld an Deregulierungen in ihren Ländern geben.

Welche Chancen hat die Sozialdemokratie, dennoch in und durch Europa ihre Werte der Gerechtigkeit, sozialen Sicherheit und Solidarität durchzusetzen? Wie kann sie das Ruder herumreißen und damit zur entschiedensten Europapartei werden?

Chancen einer neuen sozialdemokratischen Europapolitik

Der Erfolg einer solchen Politik hängt entscheidend davon ab, ob es der Sozialdemokratie gelingt, gegen die langfristige, strukturell begründete Renationalisierung in Europa transnationale Akteure und politische Koalitionen zugunsten von Gerechtigkeit und Solidarität zu fördern und für diese Politik zu gewinnen. Dazu reicht die allerdings unbedingt erforderliche und zu stärkende Kooperation mit anderen sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften nicht aus, weil sie in den Strukturen und Politikentscheidungen der Nationalstaaten entstanden, darin nach wie vor zu sehr verankert und von daher legitimiert sind. Sozialdemokraten müssen sich – das ist der Paradigmenwechsel – auf den Weg machen und Kooperationen mit der transnational orientierten organisierten Zivilgesellschaft zustande bringen. Das wird immer wieder auch Konflikte aufwerfen. Am besten könnte man diese Zusammenarbeit als »antagonistische Kooperation« bezeichnen. Auch die Gewerkschaften gehören in diese Kooperation und sind besonders wichtige Bündnispartner, weil sie den Druck einer deregulierten national ausgerichteten Standortpolitik besonders spüren. Aber sie müssen eben auch zugleich in ihren jeweiligen Ländern um Arbeitsplätze kämpfen.

Da wir nach wie vor zu unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung als Sozialdemokraten keine grundlegende Alternative sehen, müssen wir seine soziale Zählung auch transnational (nicht nur international über Regierungszusammenschlüsse) organisieren. Daran sind im Übrigen nicht mehr nur Arbeitnehmer, sondern weite Teile eines aufgeklärten Bürgertums interessiert, die sich nicht zum Anhängsel eines anonymen Marktgeschehens machen lassen wollen. Diese Bündnispartner und nicht zuletzt Wähler braucht die Sozialdemokratie für eine Politik im Dienst von Gerechtigkeit und Solidarität. Das wäre die zeitgemäße Form des ursprünglichen sozialen Internationalismus, der sich europäisch organisiert und doch der Aufgabe stellen muss, den Kapitalismus auch global für die Menschen gedeihlich zu gestalten.

Nachbemerkung

Die Diskussion um die Reform der Finanzmärkte bietet ein anschauliches Beispiel für die Notwendigkeit dieses Paradigmenwechsels. Die Bundeskanzlerin hat mit ihrer entscheidenden Weichenstellung zu Beginn der Schuldenkrise und der Währungsspekulation, bei der sie sich strikt gegen die europäische Solidarität auf die Einzelverantwortung der Staaten festlegte, die alte Politik der Standortkonkurrenz zwischen den Staaten fortgesetzt. Sie hatte dabei die rechtliche Festlegung im Maastricht-Vertrag und im Lissabon-Vertrag auf ihrer Seite, und das ist viel.

Aber die daraus folgende Politik kurzfristiger Einzelschritte ohne klare strategische Perspektive treibt den Preis für die Rettung der verschuldeten Staaten immer mehr in die Höhe. Noch ist kein Ende abzusehen, weil die Märkte ungesentimental weiter ausprobieren können, wie weit die Solidarität in Europa schließlich gehen wird und wie viel man für ihre schrittweise Erweiterung

herausschlagen kann. Euro-Bonds wurden von der Kanzlerin sofort öffentlich abgelehnt und nur unter dem Gesichtspunkt gesehen, dass sie nationalstaatliche Verantwortungslosigkeit steigern würden. Solidarität stand sofort unter dem Verdacht, parasitäres Verhalten zu begünstigen. Dieses misstrauisch-autoritäre Muster, verbunden mit der pauschalen Verdächtigung südeuropäischen Verhaltens und der positiven Hervorhebung des deutschen Vorbilds entspricht der vermuteten Einstellung ihrer potenziellen Wähler. Aber es wird nicht nur die Deutschen teuer zu stehen kommen.

Eine Politik, die offensiv Solidarität mit Sanktionen beim Verstoß gegen Haushaltsdisziplin verbunden hätte, sich eindeutig für die Europäische Einheit

»Es geht um einen unterschiedenen Impetus für Europa, für den Politikerinnen und Politiker risikobereit kämpfen müssen.«

engagiert und um die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger dafür gekämpft hätte, wäre eine Chance gewesen, die Spekulation zu beenden, zuletzt das Ansteigen der Schulden zu verhindern und die EU einen entscheidenden Schritt weiter zu bringen. Es geht um einen entschiedenen Impetus für Europa, für den Politikerinnen und Politiker auch in der gegenwärtigen

desorientierten Situation risikobereit kämpfen müssen. Diese historische Aufgabe muss die Sozialdemokratie nun erfüllen.

Auch bei der Reform der Finanzmärkte bietet die politische Zusammenarbeit mit der transnationalen organisierten Zivilgesellschaft die Chance, gegen mächtigen – und nicht immer durchsichtigen – Lobbydruck auf die nationalen Regierungen effektive Regelungen durchzusetzen. Die weltweiten Occupy-Proteste können zusätzlich dabei helfen, denn was fehlt, sind ja nicht Konzepte, sondern die Möglichkeit und die Macht, sie grenzüberschreitend umzusetzen.

Die gegenwärtige Bundesregierung, insbesondere die Bundeskanzlerin hat mit ihrer Rhetorik und ihrer Unterstreichung deutscher Überlegenheit einen empirisch erkennbaren Trend unter den Deutschen befördert, ihre Angewiesenheit auf Freunde nicht mehr zu erkennen und sich allein auf die eigene Stärke verlassen zu wollen. Eine Art deutschen Isolationismus. Damit handelt sie nicht nur gegen Europa, sondern auch gegen die langfristigen wohlverstandenen Interessen der Deutschen, denen es historisch nie bekommen ist, wenn sie meinen, sich allein auf sich selbst verlassen zu können.

Weil die Sozialdemokratie sich, anders als CDU/CSU, mit denen verbünden kann, die nicht auf mächtige Partikularinteressen, sondern auf das Interesse normaler europäischer Bürger setzen, freiheitlich und gerecht zusammenzuleben, kann sie in dieser historischen Weichenstellung zur entscheidenden Europa-Partei werden! ■